



AIHK sagt Nein zur "Verarmungsinitiative"

2025-01-31,
Mathias Küng

Die Initianten der Umweltverantwortungsinitiative fordern die Reduktion des Ressourcenverbrauchs um zwei Drittel innert zehn Jahren. Der AIHK Vorstand hat "die Nein-Parole zur utopischen Vorlage beschlossen, die zu einer Verarmung der Schweiz führen würde", wie es im jüngsten AIHK-Impuls heisst.

Das Lancieren einer Volksinitiative ist ein wichtiges Grundrecht der Schweizer Demokratie. Eine Initiative selber sage jedoch wenig darüber aus, wie realistisch und umsetzbar sie ist, heisst es weiter. Eher aus dem Reich der Utopien stamme die Umweltverantwortungsinitiative. Sie verlangt, die hochentwickelte Schweiz müsse ihren Ressourcenverbrauch in zehn Jahren so stark reduziert haben, wie ihr innerhalb ihrer planetaren Grenzen zur Verfügung stehen.

"Brächte am ehesten radikale Verbote, extreme Preissteigerungen und umfassendem Verzicht"

Da die Schweiz nach diesem Konzept aktuell drei Erden verbraucht, würde dies einer Reduktion um zwei Drittel entsprechen. Ein Ziel, das mutmasslich gar nicht, am ehesten aber mit radikalen Verboten, extremen Preissteigerungen und umfassendem Verzicht zu verfolgen wäre, heisst es weiter, und: "Das Ergebnis wäre eine Verarmung."

Treibhausgasemissionen Industrie 1990 bis 2022: - 27 Prozent

Nach Meinung der AIHK erweist man der Umwelt mit illusorischen Forderungen einen Bärendienst. Die Schweiz verfolgt verschiedene Nachhaltigkeitsziele, darunter die Klimaneutralität bis 2050, das CO2-Gesetz oder die Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Gerade die Industrie hat im Zeitraum von 1990 bis 2022 ihre Treibhausgasemissionen trotz Wirtschaftswachstum um gut 27 Prozent reduzieren können.

Dass die Initianten nun trotzdem lieber die Wirtschaft und nicht die einzelnen Bürger in die Pflicht nehmen, sei bezeichnend, so die AIHK, "wäre doch jede und jeder direkt betroffen. Denn ein Leben, wie wir es heute kennen, wäre dann nicht mehr möglich. Auch in der Klimapolitik wäre es jedoch essenziell, die Bevölkerung ins Boot zu nehmen. Untergangsszenarien bringen keine Lösungen. Unternehmen, die in Forschung und Entwicklung investieren, hingegen schon. Darum empfiehlt der Vorstand der AIHK Nein zur Umweltverantwortungsinitiative".